



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

19. Jg. Nr. 5
5. November 2013

Editorial

Flüchtlingsnot

Mit seinem Besuch auf Lampedusa hat Papst Franziskus im Juli ein aufrüttelndes Signal der Solidarität mit den Flüchtlingen gesetzt, die vor Krieg und Gewalt, vor Hunger und Umweltkatastrophen, vor der Perspektivlosigkeit in ihren Ländern nach Europa fliehen. Zugleich hat er eine "Globalisierung der Gleichgültigkeit" angeprangert.

Nach weiteren Havarien im Mittelmeer mit hunderten Toten ist die Erschütterung groß. Der Erschütterung muss nun endlich ein entschlossenes gemeinsames Handeln folgen! Die Verantwortung für die Flüchtlingskatastrophen ist eine gemeinsame, der Herkunftsländer sowie Europas. Gemeinsam und global muss auch unser Agieren werden! Wir dürfen die Frage der Flüchtlingspolitik nicht eindimensional diskutieren, wir dürfen das Schicksal der Flüchtlinge nicht instrumentalisieren. Was wir benötigen, ist ein vielschichtiges Bündel an langfristig und kurzfristig wirkenden Maßnahmen, um zu verhindern, dass weiter Menschen an unseren Grenzen den Tod finden. Wie können wir Fluchtursachen bekämpfen? Wie können wir bewerkstelligen, dass der Weg zum Asyl in Europa nicht zur Todesfalle wird? Wie gelingt es uns, das Zusammenleben in unseren zunehmend interkulturellen und interreligiösen Gesellschaften friedlich zu gestalten? Dies schließt eine effektivere Entwicklungszusammenarbeit ebenso wie die Bekämpfung von Schlepperbanden und eine verbesserte Seenotrettung ein.

Wir brauchen mehr legale Wege der Zuwanderung nach Europa, was nicht eine völlige Öffnung der Grenzen bedeutet. Wir brauchen vor allem eine ehrliche und mutige Debatte. Eines gilt sicher: Zu migrieren ist eine sehr persönliche Entscheidung, sehr tiefe und für sie sehr schwerwiegende Gründe bewegen die Menschen dazu. Migration wird es immer geben.

Stefan Vesper

Inhalt

Zukunftswerkstatt _____ 2
Ein Jubiläumskatholikentag in Leipzig
[Stefan Vesper](#)

**Zu angemessenen Preisen
überall verfügbar** _____ 4
Netzneutralität als ordnungspolitische
Herausforderung
[Felix Neumann](#)

**Das Recht auf ein Kind
und die Rechte der Kinder** _____ 6
Grenzen der Reproduktionsmedizin
[Bettina Jarasch](#)

Ein riesiges Gemeinschaftsprojekt __ 8
Erfahrungen einer Wahlkämpferin
[Claudia Lücking-Michel](#)

Findet Religion Stadt? _____ 10
Passt Religion nicht zu
Friedrichshain-Kreuzberg?
[Wolfgang Klose](#)

Erbarmen als soziale Form _____ 12
Ein Kunstprojekt der Caritas Köln
[Johannes Stahl](#)

2 100. Katholikentag Leipzig

Zukunftswerkstatt

Ein Jubiläumskatholikentag in Leipzig

Vor wenigen Tagen hat der Bischof der Diözese Dresden-Meißen, Dr. Heiner Koch, das ZdK eingeladen, den 100. Deutschen Katholikentag vom 4. bis 8. Mai 2016 in Leipzig durchzuführen. Der Präsident des ZdK, Alois Glück, hat dem Bischof bereits ganz ausdrücklich dafür gedankt: "Wir freuen uns über diese Einladung in eine spannende und weltoffene Stadt und ein Bistum, mit dem wir bereits 1994 einen großartigen Katholikentag durchführen durften. Ich bin mir sicher, dass die Vollversammlung des ZdK am 22. November in Bonn-Bad Godesberg die Einladung mit großer Freude annehmen wird."

Das Zentralkomitee hat sich aktiv und ganz bewusst um eine Einladung nach Leipzig bemüht. Es ist eine spannende, weltoffene und gastfreundliche Stadt mit großer Tradition und gleichzeitig mitten in den Veränderungen und Herausforderungen unserer Gegenwart. Katholikentage sind aus ihrer Tradition heraus Orte der Begegnung von Kirche und Welt, des Dialogs über die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen ihrer Zeit. Für den 100. Deutschen Katholikentag haben wir deshalb einen Ort gesucht, der für die Offenheit des Dialogs, des Zusammenlebens der Kulturen, Konfessionen und Religionen in unserem Land stehen kann, ein Ort, der gerade uns Christen herausfordert, unseren Glauben und die daraus erwachsenden Überzeugungen zu zeigen und mit interessierten und toleranten Menschen zu diskutieren. Ein Katholikentag in Leipzig kann nach unserer Überzeugung eine Zukunftswerkstatt für die Begegnung und das Zusammenleben von Christen und Menschen guten Willens sein.

Chancen und Herausforderungen

"Dieser Katholikentag wird inhaltlich, kommunikativ und gestalterisch für uns gemeinsam eine große Herausforderung und eine große Chance sein", schreibt Bischof Koch in seiner Einladung an das ZdK, "als 100. Katholikentag in kraftvoller Erinnerung an eine lange und wirkungsvolle Geschichte der Katholiken in Deutschland; in einer Stadt, in der 80 Prozent der Bevölkerung keiner Kirche angehören

und der christliche Glaube in manchen Familien seit Generationen nicht mehr angesprochen wurde; in einer Stadt, in der im letzten Jahr über 1000 Katholiken neu zu uns gestoßen sind durch Zuzug und Taufen; in einer Stadt, in der die größte Gruppe der Katholiken die 20- bis 30-Jährigen bilden und in der die Gemeinden durch viele junge Familien geprägt sind; in einer Stadt, in der die Ökumene mit großer Selbstverständlichkeit und Verlässlichkeit gelebt wird und in der die konfessionellen Unterschiede mit Respekt geachtet werden; in einer Stadt voller Kultur und insbesondere voller Musik, auch mit einer reichen kirchenmusikalischen Geschichte und Gegenwart; in einer Stadt, die sich zum Wissenschafts-, Medien- und nicht zuletzt zum Finanz- und Wirtschaftszentrum entwickelt hat; in einer Diözese in der Mitte Europas, in der ein lebendiges Miteinander mit den Nachbardiözesen Polens und Tschechiens gelebt wird." Mit diesen Worten beschreibt Bischof Koch, was auch uns bewogen hat, auf die Stadt Leipzig und die Diözese Dresden-Meißen zuzugehen.

Fortsetzung einer Tradition

Das Bistum Dresden-Meißen hat in seiner Geschichte schon zwei große Ereignisse ausgerichtet, das einzige Katholikentreffen in der DDR 1987 in Dresden und den 92. Deutschen Katholikentag 1994 ebenfalls in Dresden. Beides waren wegweisende Treffen. Für den Katholikentag suchen wir immer wieder Orte, die schon in sich eine Art Zeitanzeige sind. Das Katholikentreffen 1987 hatte sicher einen ganz eigenen, zeit- und situationsbedingten Charakter. Es war für die Katholiken in der DDR von allergrößter Bedeutung. Mehr dazu müssen aber die sagen, die damals nach Dresden eingeladen und die, die teilgenommen haben. Naturgemäß war das ZdK, das die Katholikentage seit mehr als 160 Jahren veranstaltet, an dieser Entscheidung nicht beteiligt, weil sein Wirken sich auf das Gebiet der alten Bundesrepublik beschränken musste. 1994 aber konnten wir dann in Dresden wieder einen großartigen Deutschen Katholikentag veranstalten, der unter seinem Leitwort "Unterwegs zur Einheit" ganz im Zeichen der jungen deutschen Einheit stand und gleichzeitig stellvertretend für das Ende der DDR und ein besonderes Kapitel deutscher Geschichte. Jetzt möchten wir uns, mehr als 25 Jahre nach der friedlichen Wende, in Leipzig der neuen deutschen und europäischen Gegenwart stellen.

100. Katholikentag Leipzig

Ökumene

Für den Diözesanrat, das höchste Laiengremium des Bistums Dresden-Meißen, hat der Diözesanratsvorsitzende und ZdK-Mitglied Dr. Nikolaus Legutke die Einladung begrüßt und eine dabei eine weitere Dimension angesprochen, die bei unserer Entscheidung auf Leipzig zuzugehen eine wichtige Rolle gespielt hat: "Dass die Einladung zum 100. Katholikentag nach Leipzig erfolgt, ist auch ein Zeichen der Veränderungen in unserer Gesellschaft. Der erste Katholikentag fand 1848 in Mainz statt, im Zentrum traditionell katholischer Regionen Deutschlands. Dass Bischof Koch nun zum Katholikentag nach Leipzig in Sachsen einlädt, in ein Kernland der Reformation und im Zeitraum der Lutherdekade, ist Ausdruck gelebter Ökumene, die von vielen Christinnen und Christen getragen wird." Auch Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung unterstreicht diese Dimension der Einladung in die Messestadt. "Mit Leipzig hat die katholische Kirche eine ausgezeichnete Wahl getroffen. Der Kirchenneubau gegenüber dem Rathaus zeigt auch ganz real, dass die katholische Kirche im Zentrum der Gesellschaft verankert ist. Die Leipziger freuen sich und werden gerne Gastgeber sein. Und für mich persönlich ist ein Katholikentag 2016 – ein Jahr vor dem Reformationsjahr – ein weiterer, wichtiger Schritt in der Ökumene", so Oberbürgermeister Jung. Bischof Koch schreibt dazu in seinem Hirtenwort an die Gemeinden seiner Diözese: "Der Katholikentag 2016 wird stattfinden in einer Region, in der vor 500 Jahren die Reformation eingeführt wurde. Das die Konfessionen Verbindende und Trennende wird in diesen Tagen thematisiert werden. Wir werden auch von vielen guten Erfahrungen im ökumenischen Miteinander in Sachsen und Ostthüringen berichten können, weil hier auch nach meinen Erfahrungen eine Ökumene gelebt wird, die verlässlich ist und die zugleich auch die unterschiedlichen Sichtweisen mit Respekt achtet und nicht einem ökumenischen Minimalismus huldigt. Ich hoffe sehr, dass ein Jahr vor dem Reformationsgedenken 2017 auch dieser Katholikentag uns unsere gemeinsame Geschichte in den vielen hundert Jahren in lebendige Erinnerung ruft, den Schmerz der Trennung nicht verwischt und Ermutigung schenkt für unseren weiteren gemeinsamen Weg."

Den Glauben anbieten

Sehr bewusst wollen wir diesen Jubiläumskatholikentag in Leipzig auch der Begegnung mit den Gläubigen anderer Religionen und den Menschen widmen, die nicht an Gott glauben. Gerade Papst Franziskus fordert uns immer wieder dazu auf, die Nähe zu allen zweifelnden und suchenden Menschen zu suchen und darüber nachzudenken, wie wir unseren Glauben in der Welt von heute neu anbieten und vorleben können. In Leipzig gehören 80 Prozent der Einwohner keiner Konfession an, nur etwa 4 Prozent der Bevölkerung sind katholisch. "Vielen ist unser Glaube und unsere Kirche fremd. Und doch erlebe ich eine erstaunliche Offenheit den Christen und unserer Kirche gegenüber. Dieser Katholikentag wird deshalb versuchen, das Gespräch besonders mit diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu suchen", schreibt Bischof Koch in seinem Hirtenbrief. "Ich hoffe, dass es ein Katholikentag sein wird, in dem die Menschen, die keiner Konfession angehören, und Vertreter anderer Religionen sich angenommen erfahren, sich einbringen können und dann hoffentlich auch ein wenig von dem Reichtum des christlichen Lebens spüren. Dieser Katholikentag wird für uns eine große Herausforderung sein, unseren Glauben verständlich und in seiner tiefen Lebensbedeutsamkeit den Menschen nahe zu bringen."

Ort der Gegenwartskultur

Leipzig als Stadt der Wissenschaft, der Wirtschafts- und Finanzwelt und des Handels, im Herzen eines sich rasant verändernden Europas gelegen, ist ein Spiegel der Herausforderungen der Gegenwart. Als Stadt des Buches und der Musik ist sie ein anregender Ort der Begegnung mit der Gegenwartskultur. Auch davon wollen wir uns beim 100. Deutschen Katholikentag inspirieren lassen.

| Dr. Stefan Vesper
ZdK-Generalsekretär |

Internet Netzneutralität

Zu angemessenen Preisen überall verfügbar

Netzneutralität als ordnungspolitische Herausforderung

Ein vordergründig sehr technischer Fachbegriff bezeichnet eines der wichtigen Themen der netzpolitischen Debatte: Netzneutralität. Die Frage nach der Netzneutralität ist vordergründig die rein technische Frage (und eine komplizierte dazu), wie und mit welcher Priorität Daten durch das Netz transportiert werden sollen. Im Kern geht es aber um die politische Frage, welche Regulierung für die privat betriebene, aber öffentlich bedeutsame und unersetzliche Infrastruktur des Internets nötig ist.

In den letzten 20 Jahren hat sich das Internet von einer nur technisch Versierten überhaupt bekannten Technik zu dieser unersetzlichen Infrastruktur entwickelt. Selbst wer glaubt, das Netz nicht oder nur wenig zu nutzen, ist doch zumindest mittelbar darauf angewiesen. In kaum eine Branche ist heute ein Verzicht auf netzbasierten Datenaustausch denkbar, und immer weitere Bereiche werden von der Vernetzung erfasst und umgestaltet. Fehlender Zugang zum Netz (technisch wie von den Fertigkeiten her) erzeugt gewichtige soziale und ökonomische Ausschlüsse.

Ohne Torwächter

Ein zentrales Merkmal des Internets, das auch zu seiner so umfassenden Verbreitung beigetragen hat, ist die Offenheit. Das Internet basiert auf offenen, das heißt öffentlich nachvollziehbaren und ohne Lizenzgebühren verwendbaren Standards. Der Datenaustausch findet grundsätzlich zwischen gleichberechtigten Rechnern statt, die Daten über mehrere Knotenpunkte austauschen, und zwar, das bedeutet Netzneutralität grundsätzlich, ohne Ansehen des Inhalts, der Herkunft und des Ziels der Datenpakete. Alle Datenpakete werden gleich behandelt, ohne dass eines dem anderen vorgezogen wird. Das ermöglicht erst die ungeheure Dynamik des Netzes: Es gibt keine natürliche Zentrale des Netzes, keine Gatekeeper, Torwächter, die über den Zugang entscheiden, und mit wenig Aufwand ist der Marktzugang für neue Dienste möglich – das Internet ist gerade deshalb so dynamisch

und so ein mächtiges Werkzeug, weil es unspezifisch und allgemein Daten effizient überträgt und es der Kreativität seiner Nutzerinnen und Nutzer überlässt, welche spezifischen Dienste damit realisiert werden.

Bedrohung

Diese Offenheit wird bedroht durch Bestrebungen, vom Grundsatz der Netzneutralität abzuweichen; Netzanbieter haben dafür große Anreize: Anstelle einer diskriminierungsfreien Durchleitung aller Daten sind Modelle attraktiv, selbst zum Inhalteanbieter zu werden (und dafür die Konkurrenz abzubremsen oder nicht durchzuleiten), Konkurrenz zu eigenen Diensten zu verbieten (was bereits jetzt im Mobilfunkbereich üblich ist, wo SMS-Konkurrenz wie Chats und Instant Messaging meist durch die Geschäftsbedingungen ausgeschlossen werden) oder die priorisierte Behandlung anderer Anbieter auf Kosten deren Konkurrenz.

Ordnungspolitischer Rahmen

Die Frage nach dem ordnungspolitischen Rahmen für die Netzwerkinfrastruktur ist nicht einfach. Die Netze werden betrieben und unterhalten von privaten Unternehmen, die auf eigenes Risiko arbeiten und im Wettbewerb mit anderen Netzbetreibern stehen; verschiedene Netzarten (ans Telefon- oder Kabelnetz gebunden, über Satellit oder Mobilfunk) stehen nebeneinander. Aus dieser Perspektive also eigentlich gute Voraussetzungen für einen funktionierenden Markt. Die Entstehung der großen Netzbetreiber aus der Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe und ihrer Infrastruktur (die Telefonnetze von Post und Bahn, die Stromnetze) sowie die naheliegenden Netzwerkeffekte möglichst großer und umfassender Netze haben ein Oligopol entstehen lassen, das von der zuständigen Bundesnetzagentur nur schwierig reguliert werden kann. Mangelnde Netzneutralität fördert diese Oligopole noch: Große Anbieter schaffen sich ein für sie günstiges Umfeld, das den Marktzugang potentieller Konkurrenz erschwert. Vom Wegfall der Netzneutralität würden am meisten die Unternehmen profitieren, die schon jetzt wegen ihrer Marktmacht kritisiert werden und deren Regulierung immer wieder gefordert wird. Große Plattformen wie Facebook und Google haben die Ressourcen bis hin zu eigener Netzinfrastruktur bereits, um sich in Netze

Internet Netzneutralität

einzukaufen oder sie selbst zu betreiben. Kartellrecht im Bereich der Informationstechnik ist notorisch schwach und langsam; während das kartellrechtliche Vorgehen der Europäischen Union gegen Microsoft sich über Jahre hingezogen hat und trotz juristischem Erfolg keine praktischen Auswirkungen hatte, wurde der vormalige Monopolist Microsoft durch den intensiven Wettbewerb seiner marktbeherrschenden Stellung enthoben. Hätte Microsoft die Infrastruktur des Netzes kontrolliert, wäre der Markteintritt der Konkurrenten kaum so erfolgreich gewesen. Ähnliches gilt für andere früher dominierende Unternehmen; Google wurde groß, obwohl der Suchmaschinenmarkt eigentlich als aufgeteilt galt. Facebook war bei weitem nicht das erste Social Network. Netzneutralität ist der ordnungspolitische Rahmen, der sicherstellt, dass Innovation und Wettbewerb diesen Markt regeln, während der Versuch einer kartellrechtlichen Ordnung mit der Geschwindigkeit, Dynamik und Komplexität auf einem Markt, der sich gerade durch die Ortlosigkeit und die Abschaffung physischer Distanzen auszeichnet, nicht mithalten kann.

Oligopolistische Marktmacht eindämmen

Eine ordnungspolitisch verantwortliche Regulierung muss im wesentlichen die wettbewerblichen Aspekte der Netzneutralität berücksichtigen, das heißt die Ausnutzung der oligopolistischen Marktmacht der Netzbetreiber so eindämmen, dass sie keine künstlichen Marktzugangshürden für neue Anbieter sowohl auf Netz- wie auf Dienst- und Inhaltsebene errichten. Dazu kann es auch sinnvoll sein, neben einer Verpflichtung auf transparente, wahrheitsgemäße und vollständige Leistungsbeschreibung bei Netzzugängen (etwa zu tatsächlich erreichbaren Geschwindigkeiten) eine klare politische Definition von "echtem" Netz festzulegen, analog etwa dem Schutz der Bezeichnung "Bio" bei Lebensmitteln. Nur tatsächlich netzneutrale Dienste sollen als "Internet" oder "Netz" ausgelobt werden dürfen, und der Begriff "Flatrate" nur für Pakete benutzt werden, die zu einem monatlichen Festpreis eine gleichbleibende Leistung echten Netzzugangs bieten. Der Jurist Tim Wu, der den Begriff Netzneutralität geprägt hat, fasst diese Forderungen pointiert zusammen: "[W] hat must be banned are blocking, gratuitous discrimination, and choosing favorites. While it's one way to earn cash, it's just too close to the Tony Soprano vision of net-

working: Use your position to make threats and extract payments." (http://www.slate.com/articles/technology/technology/2006/05/why_you_should_care_about_network_neutrality.single.html)

Als Universaldienst einstufen

Die rein ordnungspolitische Regulierung reicht aber nicht aus. Sie stellt nur sicher, dass überhaupt das Netz als Infrastruktur zur Verfügung steht. Sie stellt noch nicht sicher, dass auch ärmere Menschen an dieser Infrastruktur teilhaben können. Ein Mehrklassennetz, das bestimmte Dienste nur gegen Aufpreis zulässt, Datenmengenbegrenzungen (die gerade Familien mit Kindern besonders treffen), der mangelnde Zugang zu Breitbandanschlüssen verstärken die "digitale Kluft", so der Redakteur der Fachzeitschrift c't Jürgen Kuri, "zwischen denen, für die das Internet eine ständig verfügbare Ressource ist, und denen, die zu Online-Habenichtsen werden. [...] was die Möglichkeiten im Alltagsleben [...] stark einschränkt – ökonomisch (Online-Einkauf, Preisvergleiche), politisch (Information und Debatte über aktuelle Themen), sozial (Kontakte auch mit entfernten Freunden pflegen), gesellschaftlich (Wissen und Information sind plötzlich nicht mehr nahezu unbegrenzt verfügbar)." (<https://plus.google.com/+J%C3%BCrgenKuri/posts/Nd5xwe7eaWn>) Internetzugang über netzneutrale Breitbandanschlüsse sollte – wie Wasser, Strom, Telefon – als Universaldienst eingestuft werden, der zu angemessenen Preisen überall verfügbar sein muss (regulatorisch etwa über Kontraktionszwänge zu erreichen) und auch eine angemessene Berücksichtigung im Regelsatz des ALG II finden.

Die scheinbar so technische Frage nach der Netzneutralität ist, soviel zeigt bereits dieser kurze Abriss einer tatsächlich weit differenzierteren Debatte (einen guten Überblick mit weiterführender Literatur bietet Tim Wu: http://timwu.org/network_neutrality.html), eine relevante politische Frage – nicht nur für Fachleute: Es geht um den gerechten Zugang zu einer zentralen Infrastruktur – frei von Diskriminierung und Ausschlüssen.

| Felix Neumann
Mitglied des ZdK

Kindeswohl

Fortpflanzungsmedizin

Das Recht auf ein Kind und die Rechte der Kinder

Grenzen der Reproduktionsmedizin

In seinem Artikel "Ungleiches in eine Gleichheit zwingen? – Zum vollen Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften" hat der Präsident des ZdK, Alois Glück, unter anderem auch die Frage aufgeworfen, ob es im Hinblick auf die Frage nach dem Kindeswohl ein "Recht auf ein Kind" geben kann. Bettina Jarasch, Mitglied im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen und im ZdK vertieft aus ihrer Sicht die damit verbundene Diskussion gerade auch im Hinblick auf Fragen der Reproduktionsmedizin.

Vor einigen Monaten erschien in einem Wochenmagazin eine lange Reportage über ein homosexuelles Paar, das zahlreiche Reisen und monatelange Auslandsaufenthalte in Amerika, Indien und Südamerika auf sich nahm, um sich endlich den lang gehegten Kinderwunsch zu erfüllen. Am Ende dieser Odyssee haben die beiden stolzen Väter nun drei Kinder: Zwillinge mit einer südamerikanischen Leihmutter und eine Tochter mit einer amerikanischen Eizellspenderin und einer indischen Leihmutter, die das Kind ausgetragen hatte. Tenor der Reportage war: Wie kann es sein, dass die armen Männer so viel auf sich nehmen müssen, um ihren Kinderwunsch zu erfüllen? Andere Perspektiven als die der Väter hatten in dem Text keinen Raum.

Hier wurde sehr selbstverständlich das Recht auf ein Kind proklamiert. Die Perspektive der Kinder selbst – oder deren Mütter – kam nicht zur Geltung. Gibt es aber wirklich ein Recht auf ein Kind? Und was bedeutet es, umgekehrt konsequent die Perspektive des Kindeswohls einzunehmen? Derzeit wird diese Debatte eher im Blick auf die Gleichstellung der sogenannten "Homoehe" beziehungsweise auf das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare geführt, wie es auch Alois Glück am 28. Juni in den Salzkörnern getan hat. Deshalb möchte ich mich zunächst kurz diesem Thema zuwenden, um danach zur Reproduktionsmedizin zu kommen.

Im Hinblick auf Adoptionsrecht darf nur das Kindeswohl zählen

Seit Jahren gibt es einen gesellschaftlichen Kampf um die rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften mit der Ehe. Insbesondere die Kirche tut sich schwer mit dieser Vorstellung, geht sie doch davon aus, dass die Ehe ein Sakrament ist, bei dem Mann und Frau sich in Treue aneinander binden, um Kinder in dieser dauerhaften und verlässlichen Bindung aufziehen zu können, wenn Gott sie ihnen denn schenkt. Es gibt vor allem zwei Argumente, die gegen die Gleichstellung der Homoehe ins Feld geführt werden: Sie bedrohe die Besonderheit und besondere Schutzwürdigkeit der Ehe – und es gebe "kein Recht auf ein Kind", letzteres insbesondere im Blick auf das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare.

Ich halte die Ehe, genau wie die Familie, tatsächlich für besonders schutzwürdig. In Ehe wie in Familie wird Bindung und dauerhafte Beziehung, im Idealfall auch dementsprechende Liebe, Fürsorge und Solidarität gelebt. All das sind Werte, die das Fundament von Gesellschaft bilden, allein schon deswegen muss der Staat für den Schutz von Ehe und Familie Sorge tragen. Diese Werte können aber genauso gut in einer gelingenden Homoehe wie in einer heterosexuellen Ehe gelebt werden. Dass Ehe immer auf Kinder angelegt sei, ist angesichts der wachsenden Zahl an kinderlos bleibenden Ehen ein schwieriges Argument, müsste man dann doch alle kinderlosen Ehen – ob gewollt oder ungewollt kinderlos – als defizitär begreifen.

Gegen den Wunsch homosexueller Paare, Kinder zu adoptieren, wird sowohl das Kindeswohl ins Feld geführt als auch das Argument, es gebe keinen Rechtsanspruch auf ein Kind, den der Staat zu erfüllen habe. Dieses Argument ist allerdings bei der Frage nach dem Adoptionsrecht nicht einschlägig, hier zählt meines Erachtens ausschließlich das Argument Kindeswohl.

Bei der Adoption von Kindern muss es zuallererst darum gehen, ob das Kindeswohl berücksichtigt ist, sprich ob man davon ausgehen kann, dass dieses Kind bei seinen Adoptiveltern die Zuwendung, Liebe und Erziehungskom-

Kindeswohl

Fortpflanzungsmedizin

petenz findet, die es braucht. Wenn man das einem homosexuellen Paar absprechen will, funktioniert das nur über das Zusatzargument, dass Kinder "Vater und Mutter", sprich sowohl männliche als auch weibliche Rollenbilder brauchen. – Das ist etwas, wofür ein homosexuelles Paar auch meiner Ansicht nach unbedingt Sorge tragen müsste. Allerdings betrifft das Alleinerziehende – egal ob Vater oder Mutter – genauso. Zugleich halte ich es nicht für erwiesen, dass ein Kind in einem Kinderheim besser aufgehoben ist – nur weil es da womöglich männliches und weibliches Personal gibt. Ich komme daher in dieser Frage zu dem Schluss: Entscheidend ist, ob das Kind bei den (homo- oder heterosexuellen) Adoptiveltern geborgen und in Liebe und in verlässlichen Strukturen aufwachsen kann.

Kinder sind nicht dazu da, Eltern glücklich zu machen

Anders sieht es bei den Fragen der Reproduktionsmedizin, Leihmutterchaft, Eizell- oder Samenspende usw. aus. – Das ist ein sehr schwieriges Terrain, weil man es unweigerlich mit nachvollziehbaren Sehnsüchten von Menschen zu tun hat. Das betrifft allerdings heterosexuelle Männer und Frauen mit unerfülltem Kinderwunsch ebenso wie homosexuelle. Und diese Sehnsüchte dienen als Argumentationshilfe für eine weitere Aufweichung des Embryonenschutzes, der Beschränkung von Gendiagnostik und anderer bioethischer Kriterien. Gerade deshalb erscheint es mir hier dringend geboten, sich kritisch mit dem Anspruch auf ein Kind auseinanderzusetzen.

Kinder sind nicht dazu da, ihre Eltern glücklich zu machen – das vergessen auch die Eltern von "herkömmlich" entstandenen Kindern allzu gern. Die Möglichkeiten der Gendiagnostik in Verbindung mit künstlicher Befruchtung bergen aber unvermeidlich die Gefahr in sich, dass aus dem Kinderwunsch das Wunschkind wird: ein gesundes Kind soll es sein, ohne genetische Belastungen, womöglich mit besonders wünschenswerten Veranlagungen und Erbanlagen. Ein Kind, das so entstanden ist, muss sich eines Tages fragen, ob es tatsächlich um seiner selbst willen geliebt wird oder ob es nur geliebt wird, weil es Wünsche seiner Eltern erfüllt hat.

Die Rechte der Kinder dürfen nicht ignoriert werden

Vielleicht noch gewichtiger, weil näher liegend, ist die Gefahr, dass das "Recht auf ein Kind" die Rechte der Kinder selbst ignoriert – insbesondere das Recht von Kindern, ihre eigene Herkunft zu kennen und sich damit auch als Teil einer Generationenfolge begreifen zu können. Die drei Geschwister aus der Reportage haben insgesamt vier Mütter (aus mehreren Kontinenten) und zwei Väter – einen biologischen und einen "sozialen". Auch das mit Hilfe von Samenbanken, Eizellspenden und Leihmüttern erzeugte Kind heterosexueller Eltern muss damit zurechtkommen, dass es biologische / genetische Eltern hat, von denen es abstammt, die es aber nicht kennt, und soziale Eltern. – Was bei einer Adoption "Schicksal" ist und schwer genug anzunehmen für manche Kinder, wird hier gewollt und bewusst herbeigeführt. Die Verantwortung, die die beteiligten Erwachsenen dabei auf sich nehmen, ist sehr groß.

Es gab in den vergangenen Jahren immer weniger Stimmen, die sich öffentlich gegen eine weitere Aufweichung des Embryonenschutzes beziehungsweise gegen eine weitere Liberalisierung von Gendiagnostik und Reproduktionsmedizin geäußert haben. Es ist schwer, solche Argumente durchzuhalten, wenn die Leiden von Menschen ins Feld geführt werden, die ungewollt kinderlos bleiben oder wegen genetischer Vorbelastungen auf Kinder verzichten müssen. Es lohnt sich aber, die Diskussion zu führen – und zwar im Namen der Rechte von Kindern. Der Wunsch nach einem Kind ist legitim, er darf aber die Rechte des Kindes nicht einfach beiseite wischen.

Bettina Jarasch

Vorsitzende des Landesverbandes Berlin von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied im Bundesvorstand, Mitglied des ZdK

8 Demokratie Wahlkampf

Ein riesiges Gemeinschaftsprojekt

Erfahrungen einer Wahlkämpferin

Dr. Claudia Lücking-Michel, Vizepräsidentin des ZdK, ist zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt worden. Wir haben sie gebeten, von ihren Erfahrungen als Wahlkämpferin zu berichten.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres habe ich mich mit zunehmender Intensität im Bundestagswahlkampf engagiert. Es war der erste Wahlkampf, an dem ich aktiv beteiligt war und das gleich als Kandidatin. Jenseits aller politischen Streitthemen und parteipolitischer Festlegungen hier einige Beobachtungen und Erkenntnisse.

Wahlkampf als ein Gemeinschaftsprojekt

Wohl kaum hätte ich je vorher halbwegs realistisch eingeschätzt, wie viel ehrenamtliches Engagement in so einem Wahlkampf vor Ort steckt: Allein hier in Bonn hatten wir über 80 Freiwillige, die in unterschiedlichen Gruppen sich fest eingebracht haben. Das reichte von der Bereitschaft, mich mal von Termin zu Termin zu kutschieren, bis hin zu wochenlanger Mitarbeit bei der Standbesetzung für unseren größten Werbegag, einen italienischen Ape als Kaffeeoller. Viele Leute haben mich gefragt: Wieso haben Sie so viele Mitarbeiter? Wer bezahlt das alles? Alles Ehrenamt! Persönlicher Einsatz in der Freizeit, ohne jedes Entgelt, vielleicht aus parteipolitischem Kalkül, persönlichen Ambitionen, aber vor allem aus dem Interesse an einer lebendigen Demokratie. Die braucht viele Demokratinnen und Demokraten, die sich für die Politik engagieren – nicht nur, aber auch im Wahlkampf.

Hausbesuche

Ich stand der Methode ja sehr skeptisch gegenüber. Hausbesuche? Das war mir viel zu aufdringlich, erinnerte mich an Staubsaugervertreter. Doch nach den ersten Anlaufschwierigkeiten klappte es ganz gut, vor allem dann, wenn ich mit jemanden unterwegs war, der in der Nachbarschaft bekannt war. Die Reaktionen deckten das ganze Spektrum ab: von Tür vor der Nase zugeschlagen bis bestens vor-

bereitet: Mein Wahlprogramm lag auf dem Wohnzimmerisch, war durchgearbeitet, die kritischen Punkte angestrichen. Doch was mich nach vielen Begegnungen vor allem bewegt: Wie viele ältere Menschen, meist Frauen, habe ich angetroffen, die ganz alleine leben. Sie waren einsam, mein Klingeln bot die erste Gelegenheit am Tag zu reden. Manchmal war es eine ganze Zeile Reihenhäuser am Stück: nur Witwen; ein ganzes Stadtviertel, dem man ansieht, dass hier keine Kinder, ja keine Leute unter 50 wohnen. Quo vadis Deutschland? An zwei Türen haben wir geschellt, hinter denen gerade ein Sterbender lag, bei ihm der Pfleger bzw. die Ehepartnerin, aber unbeachtet von der Familie oder Nachbarschaft. Einmal habe ich gleich noch ein "Vater unser" am Bett vorgebetet und habe dann das Haus erschüttert von so viel menschlicher Einsamkeit verlassen.

Bilder sagen mehr als tausend Worte

Natürlich habe ich das gewusst, aber wenn man mittendrin steckt, ist es noch einmal etwas anderes: "Bilder sagen mehr als tausend Worte". Wichtiger als das Ereignis und die Gespräche selbst ist der Bericht in der Zeitung. Wichtiger als ein Termin ist die Frage, ob die Zeitung davon ein Foto bringt, auf dem man vorteilhaft zu sehen ist. Und was für ein Drama, ein Foto von mir auszusuchen, das für das Wahlplakat zu gebrauchen war. Ausgesucht haben wir am Ende eins, das entstanden ist, als es gar nicht um das Plakat ging. Auf der Homepage, in Facebook, auf jeder Drucksache haben wir uns häufig mehr Gedanken gemacht über die Bilder als über den Text. Die Wirkung ist rasant. Wir beurteilen eine Person über den äußeren Eindruck, über das Bild, schon bevor wir es wahrhaben wollen. Bezeichnend vielleicht die Reaktion einer Passantin beim Straßenstand nach der Woche mit der Debatte um die Frauenquote und die Rolle von Frau von der Leyen. Zitat: "Also diese Frau von der Leyen, die hat sich ja gemacht, die wird der Kanzlerin noch gefährlich." Spätestens da habe ich mich schon innerlich aufgerichtet, hatte alle Argumente für und gegen die Frauenquote parat, hätte jedes Detail der Abläufe in Berlin wiedergeben können. Doch dann: "Wissen Sie noch, was die früher für eine Frisur hatte und wie die dagegen jetzt aussieht?"

Demokratie Wahlkampf

Die hohe Kunst der Podiumsdiskussionen

Vertreter von bis zu sieben Parteien, jeweils ein ganzes Wahlprogramm voller Themen, ein Saal mit Zuhörern, die gerne auch mitreden würden. Bei den Podiumsdiskussionen war die hohe Kunst der Moderation gefragt. Ganz schlecht: Eine Frage an alle acht Parteien, von jedem ausführlich beantwortet, das Wort nur weitergegeben und dann auch noch Entgegnungen und Ergänzungen, frühestens eine halbe Stunde später die Chance für eine neue Frage. Aber es gab auch hervorragend vorbereitete, inhaltlich sehr intensive und zugleich methodisch witzige, abwechslungsreiche Veranstaltungen. Am besten aus meiner Sicht die Diskussionen in zwei katholischen Gymnasien, jeweils mit den Schülerinnen und Schülern der Oberstufe. Da könnten wir uns für jeden Katholikentag etwas abschneiden.

Der Abgeordnete, der Allmächtige?

Jede Woche habe ich – auch schon als Kandidatin – Bürgersprechstunden angeboten, teils zu aktuellen Fragen, in der Regel aber als offene Gesprächsangebote. Die längste Zeit meldeten sich Mitbürger, die mit mir über politische Streitfragen diskutieren oder meine Position abklopfen wollten. Doch zum Schluss kamen auch Menschen, die mir ihre persönlichen Anliegen und Problem vortragen wollten. Darunter waren erschütternde Einzelschicksale und verzwickte Situationen. Was ich hier berichten will, sind die Fälle, wo Menschen mit der Erwartung zu mir kamen, eine Kandidatin, erst recht aber später eine Abgeordnete, könnte an jedem Recht und Gesetz vorbei, "mal eben was regeln". "Sie kennen bestimmt jemanden, den sie fragen können" – ja, oft war das der Fall, und ich frage gerne, um Kontakte herzustellen, Informationen zusammenzubekommen oder neue Lösungsvorschläge zu entwickeln. Aber gestört hat mich die Voreinstellung, dass "Politiker" nicht an Vorgaben und Verfahren gebunden sind, die auch ansonsten gelten – dass es bei ihnen nur auf ihren persönlichen Einfluss ankommt, um Gesetze, Gerichtsurteile oder rechtliche Auflagen im Sinne ihrer persönlichen Interessen unterlaufen zu können.

Die letzten drei Wochen

Nach dem Ende der Sommerferien in NRW blieben bis zum

Wahltag drei Wochen. Die Innenstadt füllte sich wieder, die Leute waren zurück aus dem Urlaub, stellten sich auf Schule und Arbeit ein und ab dann war die Bundestagswahl auch ein Thema. Warum soll ich Sie wählen? Jetzt war das mehr als eine rhetorische Frage, sondern zentraler Entscheidungsdruck. Und jetzt konnte man auch länger und differenzierter einzelne Themen diskutieren. Echte Suche, Ringen um Antworten auf der einen Seite, aber auch die Rückmeldung: "Hat ja doch alles keinen Zweck", "Die belügen uns ja doch alle", "Die Politiker sind alle Verbrecher". Tja, noch war ich es gar nicht ganz, da galt dieses Gesamtvotum auch schon unterschiedslos mir, die ich da am Wahlstand stand. Welch großer Auftrag? Welche Verantwortung, es besser zu machen und jedenfalls nicht neuen Stoff für diese Zuschreibungen zu liefern? Umgekehrt aber durchaus auch: Welche Realitätsferne oder Ahnungslosigkeit, die einem manchmal entgegenschlug.

Die eigene Stadt kennenlernen

Seit 2004 wohne ich mit meiner Familie in Bonn. Beruf, Kinder, Ehemann; ich dachte immer, wir wären gut angekommen und vielfältig in unserer neuen Heimat vernetzt – bis ich dann Wahlkampf gemacht habe. Ich habe nicht nur viele Straßen und Stadtviertel, sondern auch viele Organisationen, Einrichtungen, Verbände und Vereine kennengelernt, von denen ich vorher nicht gehört hatte. Ich habe sehr viele neue Menschen kennengelernt und besonders viele, die sich außerordentlich ehrenamtlich einsetzten. Und ich hatte viele gute Gründe, Häuser zu betreten, zu denen ich sonst noch lange nicht, wenn überhaupt jemals Zugang bekommen hätte. Was es nicht alles gibt in unserer Stadt an Leid, Ausgrenzung, Heimatlosigkeit, aber auch an Einsatz und Engagement zugunsten der Ärmsten. Ich bin nachhaltig beeindruckt. Für mich waren allein schon deshalb die Monate des Wahlkampfes eine große Chance, ein Geschenk und im guten Sinne eine Bereicherung. Erst recht jetzt, nachdem mich die Wählerinnen und Wähler mit so großem Vertrauensvorschuss ausgestattet und als ihre Repräsentantin nach Berlin geschickt haben, denke ich an diese Begegnungen und Erfahrungen des Wahlkampfes zurück und hoffe, ich kann der Verantwortung gerecht werden.

Findet Religion Stadt?

Passt Religion nicht zu Friedrichshain-Kreuzberg?

Wiederholt sind in den letzten Jahren Diskussionen über Religion im öffentlichen Raum ausgebrochen. Die Frage nach Kreuzen in Schulen und anderen öffentlichen Räumen haben die Gerichte bis auf die europäische Ebene beschäftigt. Begründet werden solche Initiativen, die die Religion aus dem öffentlichen Raum verdrängen wollen, mit der Pflicht zu weltanschaulicher Neutralität staatlicher Institutionen. Wolfgang Klose, Vorsitzender des Diözesanrates im Bistum Berlin, berichtet von einer solchen Debatte, die sich zu Beginn des Jahres im Berliner Bezirk Friederichshain-Kreuzberg ereignet hat.

Ende Februar 2013 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung von Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin die neue Geschäftsordnung für die "Auslobung und Verleihung der Bezirksmedaille". Diese Auszeichnung ist für Bürgerinnen und Bürger gedacht, die sich in hervorragender Weise um das Gemeinwohl des Bezirkes verdient gemacht haben. Mit der Neufassung der Geschäftsordnung wurde der "Gesellschaftsbereich Religion" gestrichen. Die Begründung der Antragsteller lautete: "Deutschland ist ein laizistisches Land" und "Religion passt nicht zu Friedrichshain-Kreuzberg"!

Nachdenklich muss stimmen, dass dieser Beschluss erst einige Monate später durch die Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, obwohl bereits im Berliner Abgeordnetenhaus am 21. März 2013 in der aktuellen Fragestunde der Kulturstaatssekretär auf Rückfrage antwortete: "Es bleibt allerdings verwunderlich, warum in der ursprünglichen Fassung das Wort Religion ausdrücklich drinstand und anschließend offensichtlich gestrichen worden ist. Das bleibt schon in der Tat nachfragenswert."

Dies ist nicht nur nachfragenswert, sondern es erfordert Widerspruch. Besonders, wenn gleichzeitig im Sommer vermeldet wird, dass religiöse Feste im Bezirk untersagt oder deutlich benachteiligt werden. "Wintermarkt statt Weihnachtsmärkte, Sommerfest statt Fastenbrechen im Ramadan" – möglichst keine religiöse Bezugnahme in

der Veranstaltung, wenn diese im Stadtbezirk auf öffentlichem Straßenland stattfinden soll.

Glaube muss öffentlich gelebt werden

Das ist falsch, wir müssen unseren Glauben öffentlich leben können. Berlin ist multikulturell. Religionen und Glauben, Gläubige und ihre Feste gehören zu einer europäischen Metropole. Die Freiheit zum religiösen Bekenntnis ist außerdem in unserem Grundgesetz verankert und geschützt.

Natürlich, mein eigener Glaube, meine Glaubenserfahrung ist privat, geprägt von Spiritualität, von Erlebnissen und Erfahrungen, durch Hinführungen von Dritten. Doch ich bin durch die Botschaft Jesu Christi aufgefordert, hinauszugehen und öffentlich zu wirken. Religion ist keine Privatsache und wir stehen mit unserm Glauben in der Öffentlichkeit, zum Beispiel mit unseren katholischen Kirchen, Kitas und den Einrichtungen der Caritas, die allen Menschen zugänglich sind. In diesen Einrichtungen arbeiten unzählige Ehrenamtliche: Frauen und Männer, die aus ihrer Verantwortung als Getaufte und Gefirmte sich engagieren neben Menschen, die der Kirche nur "entfernt nahe stehen". Dazu kommen die vielen Engagierten in den anderen christlichen Kirchen und Glaubensgemeinschaften der anderen Religionen. In Summe sind das einige tausend Frauen und Männer, die wie Sauerteig die Stadt durchmischen, die für Toleranz und interkulturellen Dialog stehen. Doch der "Gesellschaftsbereich Religion" soll nun bei Ehrungen nicht mehr berücksichtigt werden. Wenn es dieses Engagement nicht mehr gäbe, wäre Friedrichshain-Kreuzberg farbloser und ärmer und ganz bestimmt auch nicht mehr so ein Szenebezirk.

Stolz auf Vielfalt der Religionen und Glaubensrichtungen

Bei der Frage der Nutzung von öffentlichen Straßenraum kam nach drei Wochen dann eine Stellungnahme der Bezirksbürgermeisterin: "Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat entgegen verschiedener anders lautender Berichterstattungen nicht entschieden, Veranstaltungen mit religiösem Hintergrund auf öffentlichen Flächen zu versagen. In den letzten Jahren gab es nach Auskunft der

Religion Öffentlicher Raum

zuständigen Abteilung keine Ablehnung von Anträgen auf Sondernutzung im öffentlichen Straßenland mit der Begründung, Feste oder Veranstaltungen dürften wegen ihres religiösen Charakters nicht genehmigt werden. Es gibt einen Einzelfall aus dem Sommer 2007, wo ein kurzfristig eingegangener Antrag auf Sondernutzung im Straßenland für das mehrtägige Aufstellen eines Zeltes für mehrere hundert Menschen nicht genehmigt wurde. Diesen Antrag hatte das Bezirksamt nach Abwägung damals nicht unterstützen können. Gegenüber der zuständigen Abteilung wurde klargestellt, dass ein religiöser Hintergrund selbstverständlich keine Entscheidungsgrundlage sein kann. Bei Entscheidungen spielen ausschließlich objektive Kriterien wie Verkehr, Lärmschutz oder Sicherheit eine Rolle. Religiöse Orientierung der Antragstellerinnen und Antragsteller oder die Ausrichtung der Veranstaltung sind bei dieser Prüfung aber kein Kriterium."

Bemerkenswert auch der letzte Absatz: "Vielmehr ist der Bezirk stolz auf die Vielfalt der Religionen und Glaubensrichtungen. Das Bezirksamt schätzt unter anderem die durch Einzelne oder Gemeinschaften vielfach ehrenamtlich geleistete Arbeit, das Engagement in den Bezirksregionen und den Beitrag für das Zusammenleben im Bezirk außerordentlich."

Beschluss zu Bezirksmedaille revidieren

Diese Klarstellung war gut und wichtig, hätte aber schneller erfolgen müssen, denn es gab Verletzungen und große Irritationen, Diskussionen auf Bezirks-, Stadt- und Bundesebene. Dies hätte allen erspart werden können. Wenn aber der Bezirk "stolz auf die Vielfalt der Religionen und Glaubensrichtungen und deren Engagement" ist, erschließt sich für mich nicht mehr der Beschluss vom Februar 2013. Konsequenterweise müsste er revidiert werden: Religiöses Engagement ist wieder in den Kriterienkatalog aufzunehmen. Es ist natürlich klar, dass die vielen Frauen und Männer sich nicht ehrenamtlich engagieren, um eine Bezirksmedaille zu bekommen, sondern weil ihnen die Menschen und Aufgaben wichtig sind. Zur Stärkung der Anerkennungskultur ist es aber wichtiger, dass kein Bereich des Engagements ausgegrenzt wird. Es ist nötig, diese Veränderung zu bewirken. Es ist ein gutes Zeichen, dass dies in ökumenischer Geschwisterlich-

keit durch die evangelischen und katholischen Kirchengemeinden in Friedrichshain-Kreuzberg geschieht.

Wolfgang Klose

Vorsitzender des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum Berlin, Mitglied im ZdK

Auszug aus: Geschäftsordnung für die Auslobung und Verleihung der Bezirksmedaille von Friedrichshain-Kreuzberg in der IV. Wahlperiode

Ziffer 1d) Geehrt wird ein gemeinwohlorientiertes und aktiv gestaltendes ehrenamtliches Engagement, das durch Einsatz und Kreativität Dinge möglich macht, die den Bürgerinnen und Bürgern des Bezirks zugute kommen und eine Bereicherung und Verbesserung für das Leben miteinander in Friedrichshain-Kreuzberg darstellen. Die zu ehrende Person/Gruppe/Initiative soll sich durch ein herausragendes Engagement über einen längeren Zeitraum in Gesellschaftsbereichen wie zum Beispiel Jugend und Familie, Kultur, Soziales, Sport, Religion, Umwelt, Entwicklung, Innovation, Wirtschaft und ein friedliches Miteinander verdient gemacht haben.

Auf Antrag der Piraten streicht die Bezirksverordnetenversammlung das Wort "Religion".

**ZdK**Zentralkomitee
der deutschen KatholikenZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

Erbarmen als soziale Form

Ein Kunstprojekt der Caritas Köln

Im Umgang mit der stürmischen Entwicklung, welche die Lebensmitteltafeln in den letzten Jahre genommen haben, sind erhebliche Zielkonflikte entstanden – nicht nur für die Caritas: Warum existieren immer mehr Arme? Gibt es einen Zusammenhang von überschüssig produzierten Waren und der Tatsache, dass Lebensmittelkonzerne mit ihrem Engagement für die Tafeln werben?

Manchmal stellen bildende Künstler die entscheidenden Fragen und bringen Verhältnisse in eine Form. So ist es kein Wunder, dass die sperrige Formel "Erbarmen als soziale Form" von einem Künstler stammt. Neben den Initiatoren Ludger Hengefeld, Frank J. Hensel und Stefan Kraus stand der Künstler Felix Droese am Anfang des Projekts.

Bei der Frage, was "Erbarmen" genau ist, dürften die Auffassungen weit auseinandergehen. Die "soziale Form" beschäftigt Benimmschulen, Gesellschaftswissenschaften, Sozialverbände oder künstlerische Ideen eines Joseph Beuys ("Soziale Plastik"). Droese selbst schuf "Sühnetafel", eine Großskulptur, die anlässlich des Eucharistischen Kongresses prominent am Kölner Domforum platziert war. "Hier stehe ich mit leeren Händen vor Dir" konnte man auf einer grün gefassten Eichenplanke lesen. Diese Arbeit kam auch in den Blickpunkt durch die öffentliche Armenspeisung, die "Juttas Suppenküche" seit langem vor dem Domforum vollzieht. In dieser Nachbarschaft konnte man die Speisung der Menschenschlange auch als eine Art Aufführung sehen, als eine inszenierte Visualisierung gesellschaftlicher Umstände. Ein Kunstwerk als Sehhilfe?

Der Kölner Künstler Reinhard Matz konzipierte zehn gleiche Emailletafeln, auf denen vier einfach klingende Thesen zum "Geben und Nehmen und Tauschen" festgehalten sind. Seine Arbeit "Chinesische Teekannensprüche" hängt nun an verschiedenen Stellen in Köln und erzeugt Nachdenklichkeit, Irritation oder auch offenen Widerspruch. Die wertige Form der aufwändig gewölbt produzierten Emailletafeln signalisiert deutlich einen Unterschied zum Bombardement mit Werbebotschaften aller Art. Die jeweiligen Umgebungen diktieren neben den Thesen ihre eigenen Regeln, beschreiben auch den Stadtraum als "soziale Form", die je nach Straße, Platz oder Gebäudebezug sehr unterschiedlich ausfällt.

Dorothea Bohdes Recherchen ließen sie auf die Armensuppe stoßen, die der englische Graf Rumford zu Zeiten der französischen Revolution für das bayrische Militär entwickelt hatte. Die Kölner Künstlerin, die seit langem ihr Art Café als eine Schnittstelle verschiedenster Künste entwickelt hatte, experimentierte mit dem überlieferten Rezept und fand ihre eigene Version auf die Frage Rumfords, wie denn minimale Bedürfnisse und minimale Kosten in einer Suppe zusammenfinden. Sie bot diese Suppe während einer Veranstaltung an, die neben der materiellen Bedürftigkeit auch Formen geistlicher Armut und kultureller Schmalkost thematisierte.

Diese Arbeiten zielen durchaus auf die kulturbürgerliche Mitte der Gesellschaft: Hier ankert das Problem, dass angesichts eines wachsenden Konsummarktes mehr Bedürftige und Arme entstehen. Das Leitbild eines sich verschlankenden Staats erzeugt notwendig einen wachsenden Bereich privaten Engagements in Charitieszenarien – und kümmert sich wenig um den so erzeugten langfristigen Umbau der Gesellschaft, geschweige denn die Schattenseiten dieser Entwicklungen. Wenn Künstler aus ihren Lebenserfahrungen und aus dem professionellen Umgang mit Formen und Prozessen zumindest die richtigen Fragen kondensieren, ist bereits viel gewonnen.

Mehr unter: www.erbarmen-als-soziale-form.de

Dr. Johannes Stahl

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 BonnTel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.deHerausgeber
Dr. Stefan Vesper GeneralsekretärRedaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner